

# Berlin Brief

VON JOSIP JURATOVIC,  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



AUSGABE 184, 25. SEPTEMBER 2015

Bürgerbüro Josip Juratovic  
Untere Neckarstraße 50  
74072 Heilbronn  
07131/783616  
[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)  
[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)  
[www.facebook.com/josipjuratovic](https://www.facebook.com/josipjuratovic)

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Freundinnen und Freunde,*

es ist schön zu sehen, wie Deutschland in diesen Tagen zusammensteht und die vielen Tausend Flüchtlinge willkommen heißt. Doch gleichzeitig fragen wir uns: Wie wird es weitergehen und wie viel kann Deutschland noch leisten? Darauf gibt es aus meiner Sicht zwei Antworten: Erstens müssen wir den Ursachen der Flüchtlingsbewegungen entgegenwirken; dazu habe ich im [vergangenen Berlin-Brief](#) ausführlich geschrieben. Zweitens brauchen wir eine **europäische Lösung der Flüchtlingskrise**.

Der Beschluss der EU-Innenminister von Dienstag kann dabei nur ein erster Schritt sein. Angesichts von Millionen Flüchtlingen, die derzeit nach Europa drängen, erscheint die Einigung auf die Verteilung von 120.000 Flüchtlingen kosmetisch. Doch es ist ein wichtiger Schritt, der zeigt, dass Europa handlungsfähig ist. Wenn einzelne Länder eine Einigung blockieren, dann ist es richtig, nicht auf dem in der EU üblichen Einheitsprinzip zu beharren, sondern eine Mehrheitsentscheidung zu treffen. Dieser Beschluss ermöglicht es vielen Tausend Flüchtlingen, auf direktem Weg in ihre neue Heimat zu kommen. Der unwürdige Landweg von Grenze zu Grenze bleibt ihnen erspart.

Wir brauchen aber weitere Schritte auf EU-Ebene: Durch einen fairen und transparenten Verteilungsschlüssel müs-

**EIN AUSZUG AUS MEINEM  
TERMINKALENDER –  
ICH FREUE MICH, SIE ZU  
TREFFEN:**

**Diskussion zum Transatlanti-  
schen Abkommen TTIP**

*Fr, 25.9., 19.30 Uhr  
Schwaigern, Gasthaus Lamm,  
Marktstr. 3*

**Eröffnung Brettacher Markt**

*Sa, 26.9., 14 Uhr  
Langenbrettach*

**Bürgermeister-Wechsel: Verab-  
scheidung von Peter Dolderer,  
Einsetzung von Timo Frey**

*Mi., 30.9., 18 Uhr  
Bad Friedrichshall, Friedrich-  
von-Alberti-Gymnasium,  
Hohe Str. 30*

Vorankündigung:

**Brücken der Kulturen**

**Interkulturelle Begegnungsver-  
anstaltung u.a. mit Kammersän-  
ger Guy Ramon**

*Di, 6.10., 19.30 Uhr  
Neckarsulm, Musikschule, Kon-  
zertsaal, Neuenstädter Str. 27*

*Berlin-Brief abonnieren? Mail an  
[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)!*

sen künftig alle Flüchtlinge tatsächlich auf alle 28 Mitgliedstaaten verteilt werden. Voraussetzung dafür sind Aufnahmeeinrichtungen an den EU-Außengrenzen, sogenannte „Hotspots“. Die EU muss möglichst schnell „Hotspots“ mit ausreichenden Kapazitäten und effizienten Strukturen aufbauen, damit die Flüchtlings-Trecks mitten durch Europa ein Ende haben.

Ob es uns gelingt, schnell eine europäische Lösung herbeizuführen oder nicht: Die große Zahl an Flüchtlingen fordert uns in Deutschland heraus. Das verdeutlichten in der vergangenen Woche 300 Bürgermeister und Landräte, die zu unserer **kommunalen Flüchtlingskonferenz** nach Berlin kamen. Die Kommunen stoßen nicht an Grenzen des Willens, sondern an die Grenzen des faktisch Möglichen. Es ist daher gut, dass der Bund, wie von der SPD gefordert, selbst 40.000 Plätze zur Erstaufnahme bereitstellt und sich bereit erklärt hat, die Verteilung der Flüchtlinge zentral zu organisieren.

Das Thema Flüchtlinge dominiert, doch andere Gesetzesvorhaben bleiben nicht liegen. So gelang uns in dieser Woche ein großer Schritt bei der **Bekämpfung von Steuerflucht**. Deutschland hat mit 50 Staaten einen automatischen Informationsaustausch vereinbart, den wir nun in nationales Recht umsetzen. Wir als SPD haben uns jahrelang vehement dafür eingesetzt. Der automatische Informationsaustausch ist ein wichtiger Schritt für mehr Steuergerechtigkeit. Vermögen und Erträge lassen sich dann nicht mehr auf anonymen Nummernkonten vor dem Finanzamt verstecken. Wenn der automatische Informationsaustausch greift, müssen wir die Besteuerung von Kapitalerträgen überarbeiten. Für uns ist klar: Arbeitseinkommen dürfen gegenüber Kapitalerträgen nicht länger steuerlich benachteiligt werden.

Am Mittwoch traf ich im Berliner Regierungsviertel auf Beschäftigte der Heilbronner SLK-Kliniken, die sich an den Protesten gegen das **Krankenhausstrukturgesetz** beteiligten. Der Entwurf des Gesetzes befindet sich in den parlamentarischen Beratungen. Mit dem Gesetz wollen wir eine gut erreichbare, qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung sicherstellen. Die SLK-Kliniken fürchten jedoch finanzielle Kürzungen. Mir ist wichtig, dass die Reform weder auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten noch der Beschäftigten in



den Krankenhäusern erfolgt. Daher habe ich mehrfach Kontakt zwischen Vertretern der SLK-Kliniken und den zuständigen Fraktionskollegen hergestellt. Die SLK-Kliniken kritisieren besonders den Wegfall des Versorgungszuschlags. Ich begrüße es daher, dass unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Karl Lauterbach nun dafür eintritt, dass dies nicht ersatzlos geschieht, sondern die 500 Millionen Euro aus dem Versorgungszuschlag in einen Pflegezuschlag überführt werden, der in Abhängigkeit vom Umfang des jeweiligen Pflegepersonallbudgets unter den Krankenhäusern verteilt wird.

Mit freundlichen Grüßen

*Josip Juratovic*